

**No. 36535**

---

**Germany  
and  
Lithuania**

**Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Lithuania on the mutual protection of classified information. Vilnius, 5 March 1998**

**Entry into force:** *17 March 1999 by notification, in accordance with article 13*

**Authentic texts:** *German and Lithuanian*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 14 March 2000*

---

**Allemagne  
et  
Lituanie**

**Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Lituanie concernant la protection mutuelle d'informations secrètes. Vilnius, 5 mars 1998**

**Entrée en vigueur :** *17 mars 1999 par notification, conformément à l'article 13*

**Textes authentiques :** *allemand et lituanien*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 14 mars 2000*

**Abkommen**  
**zwischen**  
**der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**und**  
**der Regierung der Republik Litauen**  
**über**  
**den gegenseitigen Schutz von Verschlußsachen**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Litauen -

in der Absicht, die Sicherheit aller Verschlusssachen zu gewährleisten, die von der zuständigen Behörde einer Vertragspartei oder auf deren Veranlassung eingestuft und der anderen Vertragspartei über die hierfür ausdrücklich ermächtigten Behörden oder Stellen zu dem Zweck, den Erfordernissen der öffentlichen Verwaltung zu entsprechen, oder im Rahmen staatlicher Verträge/Aufträge mit öffentlichen oder privaten Stellen beider Länder übermittelt wurden,

geleitet von der Vorstellung, eine Regelung über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen zu schaffen, die für alle zwischen den Vertragsparteien zu schließenden Abkommen über Zusammenarbeit und zu vergebende Aufträge, die einen Austausch von Verschlusssachen mit sich bringen, gelten soll -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmung und Vergleichbarkeit

- (1) Verschlusssachen im Sinne dieses Abkommens sind im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, unabhängig von ihrer Darstellungsform. Sie werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung eingestuft.
- (2) Die Vertragsparteien stellen fest, daß folgende Verschlusssachengrade vergleichbar sind:

Bundesrepublik Deutschland

GEHEIM

VS-VERTRAULICH

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Republik Litauen

SLAPTAI

SLAPTAI

NAUDOTIS TARNYBOJE

Die litauische Seite wird "SLAPTAI"-Verschlußsachen für die entsprechende deutsche Einstufung mit dem ergänzenden Hinweis "GEHEIM" oder "VS-VERTRAULICH" versehen.

(3) Für Verschlußsachen des Verschlußsachengrads VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/NAUDOTIS TARNYBOJE finden die nachstehenden Artikel 2 Absatz 3, Artikel 3 und 4, Artikel 6 Absatz 1 sowie Artikel 7 keine Anwendung.

## Artikel 2

### Innerstaatliche Maßnahmen

(1) Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts alle geeigneten Maßnahmen, um Verschlußsachen, die nach diesem Abkommen übermittelt werden oder beim Auftragnehmer im Zusammenhang mit einem Verschlußsachenauftrag entstehen, zu schützen. Sie gewähren derartigen Verschlußsachen mindestens den gleichen Geheimschutz, wie er im Verfahren für eigene Verschlußsachen des entsprechenden Verschlußsachengrads gilt.

(2) Die Vertragsparteien werden die betreffenden Verschlußsachen nicht ohne vorherige Zustimmung der Behörde, die die Einstufung veranlaßt hat, Dritten zugänglich machen, unabhängig von den nationalen Regelungen der Vertragsparteien für die Änderung beziehungsweise Aufhebung von Verschlußsachengraden. Die Verschlußsachen werden ausschließlich für den angegebenen Zweck verwendet. Die Verschlußsachen dürfen insbesondere nur solchen Personen zugänglich gemacht werden, deren Aufgaben die Kenntnis notwendig machen.

(3) Die Verschlußsachen dürfen nur Personen zugänglich gemacht werden, die hierzu ermächtigt sind. Die Ermächtigung setzt eine Sicherheitsüberprüfung voraus, die mindestens so streng sein muß wie die für den Zugang zu nationalen Verschlußsachen der entsprechenden Einstufung.

(4) Die Vertragsparteien sorgen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die erforderlichen Sicherheitsinspektionen und für die Einhaltung der Regelungen dieses Abkommens.

### Artikel 3

#### Vorbereitung von Verschlusssachenaufträgen

Beabsichtigt eine Vertragspartei, einen Verschlusssachenauftrag an einen Auftragnehmer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu vergeben, bzw. beauftragt sie einen Auftragnehmer in ihrem Hoheitsgebiet, dies zu tun, so holt sie zuvor von der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei eine Versicherung dahingehend ein, daß der vorgeschlagene Auftragnehmer bis zu dem angemessenen Verschlusssachengrad sicherheitsüberprüft ist und über geeignete Sicherheitsvorkehrungen verfügt, um einen angemessenen Schutz der Verschlusssachen zu gewährleisten. Diese Versicherung beinhaltet die Verpflichtung sicherzustellen, daß das Geheimschutzverfahren des überprüften Auftragnehmers in Einklang mit den innerstaatlichen Geheimschutzbestimmungen steht und von der Regierung überwacht wird.

### Artikel 4

#### Durchführung von Verschlusssachenaufträgen

(1) Die für den Auftraggeber zuständige Behörde ist dafür verantwortlich, daß jede Verschlusssache, die im Rahmen eines Auftrags übermittelt wird oder entsteht, in einen Verschlusssachengrad eingestuft wird. Auf Anforderung der für den Auftragnehmer zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei teilt sie dieser in Form einer Liste (Verschlusssacheneinstufungsliste) die vorgenommenen Verschlusssachen-Einstufungen mit. In diesem Falle unterrichtet sie gleichzeitig die für den Auftragnehmer zuständige Behörde der anderen Vertragspartei darüber, daß der Auftragnehmer sich dem Auftraggeber gegenüber verpflichtet hat, für die Behandlung von Verschlusssachen, welche ihm anvertraut werden, die Geheimschutzbestimmungen seiner eigenen Regierung anzuerkennen und gegebenenfalls gegenüber der zuständigen Heimatbehörde eine entsprechende Erklärung (Geheimschutzverpflichtung) abzugeben.

(2) Soweit die für den Auftragnehmer zuständige Behörde eine Verschlusssacheneinstufungsliste von der für den Auftraggeber zuständigen Behörde angefordert und erhalten hat, bestätigt sie den Empfang schriftlich und leitet die Liste an den Auftragnehmer weiter.

(3) In jedem Fall stellt die für den Auftragnehmer zuständige Behörde sicher, daß der Auftragnehmer die geheimchutzbedürftigen Teile des Auftrags entsprechend der Geheimchutzverpflichtung als Verschlusssache des eigenen Staates nach dem jeweiligen Verschlusssachengrad der ihm zugeleiteten Verschlusssacheneinstufungsliste behandelt.

(4) Soweit die Vergabe von VS-Unteraufträgen von der zuständigen Behörde zugelassen ist, gelten Absätze 1 und 3 entsprechend.

(5) Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß ein Verschlusssachenauftrag erst dann vergeben beziehungsweise an den geheimchutzbedürftigen Teilen mit den Arbeiten erst dann begonnen wird, wenn die erforderlichen Geheimchutzvorkehrungen beim Auftragnehmer getroffen sind oder rechtzeitig getroffen werden können.

## Artikel 5

### Kennzeichnung

(1) Die übermittelten Verschlusssachen werden von der für ihren Empfänger zuständigen Behörde oder auf ihre Veranlassung mit dem gemäß Artikel 1 Absatz 2 vergleichbaren nationalen Verschlusssachengrad gekennzeichnet.

(2) Die Kennzeichnungspflicht gilt auch für Verschlusssachen, die im Empfängerstaat im Zusammenhang mit Verschlusssachenaufträgen entstehen oder die vervielfältigt werden.

(3) Verschlusssachengrade werden von der für den Empfänger einer Verschlusssache zuständigen Behörde auf Ersuchen der zuständigen Behörde des Ursprungsstaats geändert oder aufgehoben. Die zuständige Behörde des Ursprungsstaats teilt der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei ihre Absicht, einen Verschlusssachengrad zu ändern oder aufzuheben, sechs Wochen im voraus mit.

Artikel 6  
Übermittlung von Verschlusssachen

(1) Verschlusssachen werden von einem Staat in den anderen grundsätzlich durch den diplomatischen oder militärischen Kurierdienst befördert. Die zuständige Behörde bestätigt den Empfang der Verschlusssache und leitet sie gemäß den nationalen Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen an den Empfänger weiter.

(2) Die zuständigen Behörden können für ein genau bezeichnetes Vorhaben - allgemein oder unter Festlegung von Beschränkungen - vereinbaren, daß Verschlusssachen unter den Bedingungen des Absatzes 3 auf einem anderen als dem diplomatischen oder militärischen Kurierweg befördert werden dürfen, sofern die Einhaltung des Kurierwegs den Transport oder die Ausführung unangemessen erschweren könnte.

(3) In den in Absatz 2 genannten Fällen muß

- der Befördernde zum Zugang zu Verschlusssachen des vergleichbaren Verschlusssachengrads ermächtigt sein;
- bei der absendenden Stelle ein Verzeichnis der beförderten Verschlusssachen verbleiben; ein Exemplar dieses Verzeichnisses ist dem Empfänger zur Weiterleitung an die zuständige Behörde zu übergeben;
- die Verschlusssache nach den für die Inlandsbeförderung geltenden Bestimmungen verpackt sein;
- die Übergabe der Verschlusssachen gegen Empfangsbescheinigung erfolgen;
- der Befördernde einen von der für die versendende oder die empfangende Stelle zuständigen Sicherheitsbehörde ausgestellten Kurierausweis mit sich führen.

(4) Für die Beförderung von Verschlusssachen von erheblichem Umfang werden Transport, Transportweg und Begleitschutz im Einzelfall durch die zuständigen Behörden festgelegt.

(5) Verschlusssachen der Einstufung VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH / NAUDOTIS TARNYBOJE können an Empfänger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei mit der Post versandt werden.

#### Artikel 7

##### Besuche

(1) Besuchern aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wird im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Zugang zu Verschlusssachen sowie zu Einrichtungen, in denen an Verschlusssachen gearbeitet wird, nur mit vorhergehender Erlaubnis der zuständigen Behörde der zu besuchenden Vertragspartei gewährt. Sie wird nur Personen erteilt, die nach der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung zum Zugang zu Verschlusssachen ermächtigt sind.

(2) Besucher sind bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie einreisen, nach den in diesem Hoheitsgebiet geltenden Bestimmungen anzumelden. Die auf beiden Seiten zuständigen Behörden teilen einander die Einzelheiten der Anmeldung mit und stellen sicher, daß der Schutz personenbezogener Daten eingehalten wird.

#### Artikel 8

##### Verletzung der Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen

(1) Wenn eine Preisgabe von Verschlusssachen nicht auszuschließen ist, vermutet oder festgestellt wird, ist dies der anderen Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen.

(2) Verletzungen der Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen werden von den zuständigen Behörden und Gerichten der Vertragspartei, deren Zuständigkeit gegeben ist, nach dem Recht dieser Vertragspartei untersucht und verfolgt. Die andere Vertragspartei soll auf Anforderung diese Ermittlungen unterstützen und ist über das Ergebnis zu unterrichten.



Artikel 9

Kosten der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen

Die den Behörden einer Vertragspartei bei der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen entstandenen Kosten werden von der anderen Vertragspartei nicht erstattet.

Artikel 10

Zuständige Behörden

Die Vertragsparteien unterrichten einander darüber, welche Behörden für die Durchführung dieses Abkommens zuständig sind.

Artikel 11

Verhältnis zu anderen Übereinkünften

Zwischen den beiden Vertragsparteien bestehende bereichsbezogene Übereinkünfte, mit denen der Schutz von Verschlusssachen geregelt wird, gelten fort, soweit ihre Bestimmungen nicht im Widerspruch zu diesem Abkommen stehen.

Artikel 12

Konsultationen

- (1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien nehmen von den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen Kenntnis.
- (2) Um eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten, konsultieren die zuständigen Behörden einander auf Antrag einer dieser Behörden.
- (3) Jede Vertragspartei erlaubt der nationalen Sicherheitsbehörde der anderen Vertragspartei oder jeder im gegenseitigen Einvernehmen bezeichneten anderen Behörde, Besuche in ihrem Hoheitsgebiet zu machen, um mit ihren Sicherheitsbehörden ihre Verfahren und Einrichtungen zum Schutz von Verschlusssachen, die ihr von der anderen Vertragspartei zur Verfügung ge-

stellt wurden, zu erörtern. Jede Vertragspartei unterstützt diese Behörde bei der Feststellung, ob solche Informationen, die ihr von der anderen Vertragspartei zur Verfügung gestellt worden sind, ausreichend geschützt werden. Die Einzelheiten werden von den zuständigen Behörden festgelegt.

### Artikel 13

#### Inkrafttreten, Geltungsdauer, Änderung, Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Litauen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert hat, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Notifikation.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(3) Jede Vertragspartei kann jederzeit schriftlich eine Änderung dieses Abkommens beantragen. Wird von einer Vertragspartei ein entsprechender Antrag gestellt, so werden von den Vertragsparteien Verhandlungen über die Änderung der Abkommens aufgenommen.

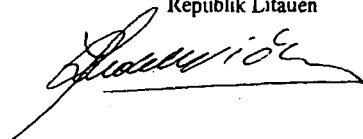
(4) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. Im Fall der Kündigung sind die aufgrund dieser Vereinbarung übermittelten oder beim Auftragnehmer entstandenen Verschlusssachen weiterhin nach den Bestimmungen des Artikels 2 zu behandeln, solange das Bestehen der Einstufung dies erfordert.

Geschehen zu WILNA am 05. März 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der  
Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der  
Republik Litauen



[ LITHUANIAN TEXT — TEXTE LITUANIEN ]

LIETUVOS RESPUBLIKOS VYRIAUSYBĖS  
IR  
VOKIETIJOS FEDERACINĖS RESPUBLIKOS VYRIAUSYBĖS  
SUTARTIS  
DĖL  
[SLAPTINTOS INFORMACIJOS ABIPUSĖS  
APSAUGOS

Lietuvos Respublikos Vyriausybė  
ir  
Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė.

siekdamos užtikrinti apsaugą visos įslaptintos informacijos, kuriai vienos iš Susitariančiųjų Šalių kompetentingos institucijos arba jos nurodymu buvo suteikta slaptumo žyma, ir kuri buvo perduota kitai Susitariančiajai Šaliai tik per tam įgaliotas institucijas ar įstaigas, siekiant įgyvendinti valstybės valdymo reikalavimus arba vykdant valstybines sutartis / užsakymus su valstybinėmis ar privačiomis abiejų valstybių struktūromis:

norėdamos sukurti įslaptintos informacijos abipusės apsaugos nuostatas, kurios privalo galioti visiems tarp Susitariančiųjų Šalių sudaromiems susitarimams ir teikiamiems užsakymams, kurių vykdymas yra susijęs su pasikeitimu įslaptinta informacija;

susitarė:

I straipsnis  
Sąvokos ir jų atitikmenys

1) Šioje Sutartyje įslaptinta informacija suprantama taip:

saugant valstybės interesus privalomai įslaptintini faktai, objektai ir žinios, nepriklausomai nuo jų raiškos ir fiksavimo formų. Informacijai, atsižvelgdama į būtiną jos apsaugos lygį, oficiali tarnyba ar jos įgaliota institucija suteikia slaptumo žymas.

2) Susitariančiosios Šalys nustato tokius slaptumo žymų atitikmenis:

Lietuvos Respublika:

Vokietijos Federacinė Respublika:

SLAPTAI

GEHEIM

SLAPTAI

VS-VERTRAULICH

NAUDOTIS TARNYBOJE VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Lietuvos pusė papildomai nurodys, kada įslaptintai informacijai su žyma "SLAPTAI" yra teiktina atitinkama vokiška žyma "GEHEIM" arba "VS-VERTRAULICH".

3) Įslaptintai informacijai, ženklinamai žyma "VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH" / "NAUDOTIS TARNYBOJE", netaikomi 2 straipsnio 3 punktas, 3 straipsnis, 4 straipsnis, 6 straipsnio 1 punktas, taip pat 7 straipsnis.

2 straipsnis

Valstybės vidaus priemonės

- 1) Laikydamosi savo įstatymų, Susitariančiosios Šalys imasi visų tinkamų priemonių, kad būtų apsaugota šios Sutarties pagrindu joms perduota arba užsakymo vykdymo metu pas jo vykdytoją susikaupusi įslaptinta informacija. Jos garantuoja tokios įslaptintos informacijos ne žemesnio lygio apsaugą už tą, kuri yra taikoma savai atitinkama slaptumo žyma paženklinintai įslaptintai informacijai.
- 2) Susitariančiosios Šalys neatskleis įslaptintos informacijos trečiosioms šalims be išankstinio slaptumo žymos suteikimą inicijavusios institucijos sutikimo, nepriklausomai nuo Susitariančiųjų Šalių nacionalinių nuostatų, numatančių įslaptintos informacijos slaptumo žymų pakeitimą arba jų panaikinimą. Įslaptinta informacija naudojama tik išimtinai nurodytu tikslu. Įslaptinta informacija gali būti prieinama tik tiems asmenims, kuriems būtina su ja susipažinti vykdant tiesiogines pareigas.
- 3) Įslaptinta informacija gali būti prieinama tik tiems asmenims, kuriems suteikta tokia teisė. Tokia teisė asmeniui yra suteikiama po jo patikimumo patikrinimo, kuris turi būti toks pat griežtas, kaip ir suteikiant teisę susipažinti su atitinkama slaptumo žyma pažymėta nacionaline įslaptinta informacija.
- 4) Susitariančiosios Šalys garantuoja, kad jų valstybių teritorijose bus vykdomi būtini slaptumo užtikrinimo patikrinimai ir laikomasi šios Sutarties nuostatų.

3 straipsnis

Su įslaptinta informacija susijusių užsakymų rengimas

Jei viena Susitariančioji Šalis ketina pateikti su įslaptinta informacija susijusį užsakymą vykdytoji, esančiam kitos Susitariančiosios Šalies valstybės teritorijoje, arba ji įpareigoja užsakymo vykdytoją tai atlikti jos valstybės teritorijoje, prieš tai ji turi gauti tos kitos Susitariančiosios Šalies kompetentingos institucijos garantiją, kad numatyto užsakymo vykdytojo patikimumas pagal atitinkamą informacijos įslaptinimo lygį yra patikrintas, ir kad jis turi atitinkamas apsaugos priemones, kurios užtikrintų reikiamą įslaptintos informacijos apsaugą. Pateikiamoje garantijoje turi būti laiduojama, kad patikrintojo užsakymo vykdytojo slaptumo apsauga atitinka valstybės vidaus slaptumo apsaugos normas ir kad yra kontroliuojama vyriausybės.

4 straipsnis

Su įslaptinta informacija susijusių užsakymų vykdymas

1) Institucija, atsakinga už užsakovą, turi užtikrinti, kad visai užsakymo vykdymo metu perduotai arba susikaupusiai įslaptintai informacijai būtų nustatytos atitinkamos slaptumo žymos. Kitos Susitariančiosios Šalies institucijos, atsakingos už užsakymo vykdytoją, prašymu, pastaroji pateikia jai visų įslaptintos informacijos slaptumo žymų sąrašą (įslaptintos informacijos slaptumo žymų sąrašas). Šiuo atveju, pastaroji institucija informuoja kitos Susitariančiosios Šalies instituciją, atsakingą už užsakymo vykdytoją, kad užsakymo vykdytojas įsipareigojo užsakovui, kad jis, naudodamasis jam patikėta įslaptinta informacija, pripažins savo valstybės vyriausybės nustatytas slaptumo apsaugos taisykles ir, pareikalavus, su kompetentinga savo valstybės institucija pasirašys atitinkamą įsipareigojimą (įsipareigojimas išsaugoti slaptumą).

2) Kai institucija, atsakinga už užsakymo vykdytoją, paprašo ir gauna iš institucijos, atsakingos už užsakovą, įslaptintos informacijos slaptumo žymų sąrašą, ji turi raštu patvirtinti apie sąrašo gavimą ir šį sąrašą pateikti užsakymo vykdytojui.

3) Institucija, atsakinga už užsakymo vykdytoją, turi visais atvejais garantuoti, kad užsakymo vykdytojas, sutinkamai su jo įsipareigojimu išsaugoti slaptumą, su ta slaptai saugotina užsakymo medžiagos dalimi elgsis taip pat, kaip su jo valstybės atitinkama slaptumo žyma pažymėta įslaptinta informacija, vadovaudamasis jam pateiktu įslaptintos informacijos slaptumo žymų sąrašu.

4) Tuo atveju, jei, kompetentingai institucijai sutikus, sudaromi papildomi su įslaptinta informacija susiję užsakymai, atitinkamai taikomi šio straipsnio 1 – 3 punktai.

5) Susitariančiosios Šalys turi užtikrinti, kad su įslaptinta informacija susijęs užsakymas bus pateiktas arba, kad įslaptinti daliniai užsakymo vykdymo darbai bus pradėti tik po to, kai užsakymo vykdytojas užtikrins būtina slaptumo apsaugą arba galės ją laiku užtikrinti.

5 straipsnis

Slaptumo žymos

1) Perduota įslaptinta informacija už jos gavėją atsakingos institucijos arba jos nurodymu yra žymima atitinkamomis nacionalinėmis slaptumo žymomis pagal 1 straipsnio 2 punktą.

2) Turi būti žymima ir ta įslaptinta informacija, kuri susikaupia gavėjo valstybėje, vykdam su įslaptinta informacija susijus užsakymus arba darant jos kopijas.

3) Slaptumo žymas keičia arba panaikina ta institucija, kuri atsako už įslaptintos informacijos gavimą, kai to reikalauja valstybės - informacijos siuntėjos kompetentinga institucija. Valstybės - siuntėjos kompetentinga institucija turi prieš 6 savaites pranešti kitos Susitariančiosios Šalies kompetentingai institucijai apie savo ketinimą pakeisti arba panaikinti įslaptintos informacijos slaptumo žymą.

### 6 straipsnis

#### Įslaptintos informacijos siuntimas

1) Įslaptinta informacija iš vienos valstybės į kitą turi būti siunčiama per diplomatinis ar karinius kurjerius. Kompetentinga institucija patvirtina įslaptintos informacijos gavimo faktą ir, laikydamasi nacionalinių įslaptintos informacijos apsaugos nuostatų, perduoda ją gavėjui.

2) Kompetentingos institucijos gali aiškiai apibrėžtu tikslu - bendrai ar nustatant apribojimus - susitarti, kad įslaptinta informacija gali būti siunčiama pagal 3 punkte nustatytas sąlygas kitokiu būdu - ne per diplomatinis ar karinius kurjerius, jeigu kurjerių panaudojimas galėtų labai apsunkinti persiuntimą.

3) 2 punkte nurodytais atvejais būtina, kad:

- informacijos gabentojas būtų įgaliotas prieiti prie atitinkamo slaptumo žymų įslaptintos informacijos;
- išsiunčiamos įslaptintos informacijos sąrašas liktų siuntėjo įstaigoje; vienas šio sąrašo egzempliorius būtų įteiktas gavėjui, kad šis jį toliau perduotų kompetentingai institucijai;
- įslaptinta informacija būtų supakuota pagal toje šalyje galiojančius reikalavimus;
- įslaptinta informacija būtų įteikiama, patvirtinant apie jos gavimą;
- gabentojas turėtų kurjerio pažymėjimą, išduotą už siunčiančiąją ar gaunančiąją įstaigą atsakingos saugumo institucijos.

4) Jei gabenamas didelis įslaptintos informacijos kiekis, kiekvienu konkrečiu atveju kompetentingos institucijos turi suderinti transporto priemones, transportavimo maršrutus ir apsaugą.

5) Įslaptinta informacija su slaptumo žyma "VS-NUR FÜR DEN DIENSTGERBRAUCH" / "NAUDOTIS TARNYBOJE" kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje esančiam gavėjui gali būti siunčiama paštu.

7 straipsnis

Vizitai

1) Vienos Susitariančiosios Šalies lankytojams leidžiama susipažinti su kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje esančia įslaptinta informacija arba lankyti objektuose, kuriuose dirbama su įslaptinta informacija, tik gavus išankstinę kitos Susitariančiosios Šalies kompetentingos institucijos leidimą. Toks leidimas suteikiamas tik asmenims, kuriems po privalomo jų patikimumo patikrinimo, buvo suteikta teisė naudotis įslaptinta informacija.

2) Lankytojai turi pateikti prašymą Susitariančiosios Šalies, į kurios teritoriją jie vyksta, kompetentingai institucijai, vadovaudamiesi tos Susitariančiosios Šalies teritorijoje galiojančiomis nuostatomis. Abiejų Šalių kompetentingos institucijos informuoja viena kitą apie tokių prašymų pateikimo detales ir užtikrina duomenų apie asmenis apsaugą.

8 straipsnis

Įslaptintos informacijos apsaugos nuostatų pažeidimai

1) Jei įslaptintos informacijos atskleidimas yra neišvengiamas, kyla įtarimas arba žinoma, kad ji gali būti arba yra atskleista, apie tai būtina nedelsiant pranešti kitai Susitariančiajai Šaliai.

2) Įslaptintos informacijos apsaugos nuostatų pažeidimus, vadovaujantis savo valstybės įstatymais bei teisės aktais, turi ištirti bei imtis kitų teisinių veiksmų atitinkamos Šalies kompetentingos institucijos bei teismai, turintys tam įgaliojimus. Esant prašymui, kita Šalis privalo paremti šiuos tyrimus bei turi būti informuota apie jų rezultatus.

9 straipsnis

Išlaidos, susijusios su įslaptintos informacijos apsaugos priemonių įgyvendinimu

Vienos Susitariančiosios Šalies institucijų išlaidų, susijusių su apsaugos priemonių įgyvendinimu, kita Susitariančioji Šalis nekompensuoja.



10 straipsnis

Kompetentingos institucijos

Susitariančiosios Šalys viena kitą informuos apie jų institucijas, atsakingas už šios Sutarties įgyvendinimą.

11 straipsnis

Santykis su kitais susitarimais

Bet kurie kiti tarp Susitariančiųjų Šalių anksčiau sudaryti susitarimai dėl įslaptintos informacijos apsaugos lieka galioti, jei jų nuostatos neprieštarauja šiai Sutarčiai.

12 straipsnis

Konsultacijos

- 1) Susitariančiųjų Šalių kompetentingos institucijos turi atsižvelgti į kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje galiojančias įslaptintos informacijos apsaugos nuostatas.
- 2) Siekdamas užtikrinti glaudų Šalių bendradarbiavimą įgyvendinant šią Sutartį, kompetentingos institucijos, vienai iš jų paprašius, viena kitą konsultuos.
- 3) Viena Susitariančioji Šalis turi leisti kitos Susitariančiosios Šalies nacionalinio saugumo tarnybai arba kitai savitarpio susitarimu nurodytai institucijai apsilankyti savo teritorijoje, kad su jos kompetentingomis saugumo institucijomis būtų galima aptarti su iš kitos Susitariančiosios Šalies gautos įslaptintos informacijos apsauga susijusius metodikos ir įrangos klausimus. Kiekviena Susitariančioji Šalis turi vizituojančiai institucijai padėti įsitikinti, ar jos kitai Susitariančiajai Šaliai perduota įslaptinta informacija yra tinkamai apsaugota. Abipusių vizitų detalios procedūros ir sąlygos bus nustatytos kompetentingų institucijų susitarimu.

13 straipsnis

Sutarties įsigaliojimas, trukmė, pakeitimai ir denonsavimas

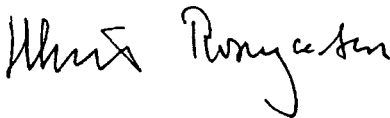
- 1) Ši Sutartis įsigalioja tą dieną, kai Lietuvos Respublikos Vyriausybė praneša Vokietijos Federacinės

4) Kiekviena Susitariančioji Šalis gali denonsuoti šią Sutartį, apie tai prieš 6 mėnesius raštu pranešdama diplomatiniais kanalais. Šią Sutartį denonsavus, visa perduota arba pas užsakymo vykdytoją susikaupusi įslaptinta informacija, vadovaujantis šios Sutarties 2 straipsniu, turi būti laikoma įslaptinta tol, kol to reikalauja jai suteikta slaptumo žyma.

Sudaryta Vilniuje 1998 m. kovo 5 d. dviem egzemplioriais, vokiečių ir lietuvių kalbomis, abu tekstai turi vienodą galią.

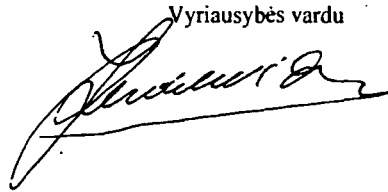
Vokietijos Federacinės Respublikos

Vyriausybės vardu



Lietuvos Respublikos

Vyriausybės vardu



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF LITHUANIA ON THE RECIPROCAL PROTECTION OF CLASSIFIED MATERIAL

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Lithuania,

Desiring to ensure the security of all material classified or caused to be classified by the competent authority of a Contracting Party and transmitted to the other Contracting Party through expressly authorized authorities or entities in order to meet the requirements of public administration or within the framework of Government treaties/contracts with public or private entities of either country,

Guided by the idea of setting rules for the reciprocal protection of classified material that shall apply to all agreements on cooperation to be concluded between the Contracting Parties and to all contracts to be awarded entailing an exchange of classified material,

Have agreed as follows:

*Article 1. Definitions and equivalents*

(1) For the purposes of this Agreement, Classified material@ shall mean facts, objects or information, which must be kept secret in the public interest irrespective of the form they assume. They shall be classified or caused to be classified by an official agency, according to the degree of protection they require.

(2) The Contracting Parties declare that the following security classifications are equivalent:

	Federal Republic of Germany	Republic of Lithuania
SECRET	GEHEIM	SLAPTAI
CONFIDENTIAL	VS-VERTRAULICH	SLAPTAI
RESTRICTED	VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	NAUDOTIS TARNYBOJE

Lithuania shall mark “SLAPTAI” classified material with the additional words “GEHEIM” or “VS-VERTRAULICH” for purposes of classification in Germany.

(3) For material classified “VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/ NAUDOTIS TARNYBOJE (restricted)”, article 2, paragraph 3, articles 3 and 4, article 6, paragraph 1, and article 7 below shall not apply.

*Article 2. National measures*

(1) The Contracting Parties shall, within the framework of their national law, take all appropriate measures for the protection of classified material transmitted pursuant to this Agreement or generated by a contractor in connection with a contract involving classified material. They shall afford such classified material secrecy protection at least equal to that applicable to their own classified material of the corresponding security classification.

(2) The Contracting Parties shall not provide access to the classified material concerned to third parties without the prior consent of the authority responsible for its classification, irrespective of the national regulations of the Contracting Parties for the amendment or revocation of security classifications. Classified material shall be used exclusively for the purpose stated. In particular, access to classified material may be granted only to persons whose duties necessitate knowledge thereof.

(3) Access to classified material shall be granted only to persons with the requisite clearance. Clearance shall require security screening at least as strict as that for access to national classified material of the corresponding security classification.

(4) The Contracting Parties shall carry out the necessary security inspections and ensure compliance with the rules of this Agreement within their respective territories.

*Article 3. Preparation of contracts involving classified material*

If a Contracting Party intends to award a contract involving classified material to a contractor in the territory of the other Contracting Party, or commissions a contractor in its territory to do this, it shall obtain an assurance beforehand from the competent authority of the other Contracting Party that the proposed contractor has security clearance up to the appropriate classification level and has taken suitable security precautions to ensure appropriate protection for the classified material. This assurance shall include the commitment to ensure that the secrecy-protection procedures of the screened contractor comply with national secrecy-protection regulations and are monitored by the Government.

*Article 4. Execution of contracts involving classified material*

(1) The authority competent in respect of the awarder of the contract shall be responsible for ensuring that each item of classified material transmitted or generated in connection with a contract is assigned a security classification. At the request of the other Contracting Party's authority competent in respect of the contractor, it shall transmit to that authority in the form of a list (classified-material classification list) the security classifications given. In such case, it shall at the same time inform the other Contracting Party's authority competent in respect of the contractor that the contractor has given the awarder an undertaking that it will recognize the secrecy-protection regulations of its own Government in handling the classified material entrusted to it and, if necessary, will submit a declaration to that effect (secrecy-protection commitment) to the competent authority of its own country.

(2) If the authority competent in respect of the contractor has requested and received a classified material list from the authority competent in respect of the awarder of the contract, it shall acknowledge receipt thereof in writing and shall forward the list to the contractor.

(3) In any case, the authority competent in respect of the contractor shall ensure that the contractor, in accordance with his secrecy-protection commitment, treats those parts of the contract requiring secrecy protection as classified material of its own State in accordance with the respective security classification indicated in the classified material list forwarded to it.

(4) Insofar as the competent authority authorizes the award of subcontracts involving classified material, paragraphs 1 to 3 shall apply *mutatis mutandis*.

(5) The Contracting Parties shall ensure that a contract involving classified material is awarded, or that work on those parts requiring secrecy protection is begun, only when the requisite secrecy-protection measures have been taken or can be taken in good time by the contractor.

#### *Article 5. Marking*

(1) The classified material transmitted shall be marked or caused to be marked by the public authority competent in respect of the recipient with the equivalent national security classification in accordance with article 1, paragraph 2.

(2) The obligation to mark classified material shall also apply to classified material generated or reproduced in the receiving State in connection with contracts involving classified material.

(3) Security classifications shall be changed or rescinded by the authority competent in respect of the recipient of classified material at the request of the competent authority of the State of origin. The competent authority of the State of origin shall inform the competent authority of the other Contracting State six weeks in advance of its intention to change or rescind a security classification.

#### *Article 6. Conveyance of classified material*

(1) Classified material shall as a rule be conveyed from one State to the other by diplomatic or military courier service. The competent authority shall acknowledge receipt of the classified material and shall forward it to the recipient in accordance with national regulations on the protection of classified material.

(2) The competent authorities may agree, generally or subject to restrictions, in respect of a clearly defined project that subject to the conditions laid down in paragraph 3, classified material may be conveyed by means other than diplomatic or military courier, if the use of a courier would render unduly difficult the conveyance of material or the execution of a contract.

(3) In the cases referred to in paragraph 2:

The individual conveying the item must be authorized to have access to classified material of the equivalent security classification;

A list of the classified material sent must be retained by the sender; a copy of this list shall be transmitted to the recipient for forwarding to the competent authority;

The classified material must be packaged in accordance with the regulations in force for conveyance within the country;

Delivery of the classified material must be effected against a certificate of receipt;

The individual conveying the item must carry on his or her person a courier's pass issued by the security authority competent in respect of the sending or receiving entity.

(4) Where the classified material is of considerable bulk, the method of transport, the transport route and the escort shall be decided on in each case by the competent authorities.

(5) Material classified AVS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/NAUDOTIS TARNYBOJE (restricted)@ may be sent by post to recipients in the territory of the other Contracting Party.

#### *Article 7. Visits*

(1) Visitors from the territory of a Contracting Party shall have access in the territory of the other Contracting Party to classified material and installations where work is being done using classified material only with the prior permission of the competent authority of the Contracting Party to be visited. Such permission shall be granted only to persons who are cleared to have access to classified material after the necessary security screening.

(2) Notification of visitors shall be given to the competent authority of the Contracting Party whose territory they are entering, in accordance with the regulations in force in that territory. The competent authorities on either side shall inform each other of the details of the notification and shall ensure that personal data is protected.

#### *Article 8. Breach of the regulations on the protection of classified material*

(1) Where disclosure of classified material cannot be ruled out or is suspected or found to have occurred, the other Contracting Party shall be notified immediately.

(2) Breaches of the regulations on the protection of classified material shall be investigated and prosecuted by the competent authorities and courts of the Contracting Party which has jurisdiction, in accordance with the law of that Contracting Party. The other Contracting Party shall, on request, assist these investigations and shall be informed of the outcome.

#### *Article 9. Costs*

The costs incurred by the authorities of a Contracting Party in connection with the implementation of security measures shall not be reimbursed by the other Contracting Party.

*Article 10. Competent authorities*

The Contracting Parties shall inform one another as to which authorities are competent for the implementation of this Agreement.

*Article 11. Relationship with other agreements*

Sectoral agreements existing between the two Contracting Parties governing the protection of classified material shall continue to apply, insofar as their provisions do not conflict with this Agreement.

*Article 12. Consultations*

(1) The competent authorities of the Contracting Parties shall take note of the regulations on the protection of classified material in force in the territory of the other Contracting Party.

(2) In order to ensure close cooperation in the implementation of this Agreement, the competent authorities shall consult one another at the request of one of these authorities.

(3) Each Contracting Party shall allow the national security authority of the other Contracting Party, or any other authority designated by mutual agreement, to make visits to its territory in order to discuss with its security authorities their procedures and facilities for the protection of classified material made available to it by the other Contracting Party. Each Contracting Party shall help the said authority to ascertain whether such information made available to it by the other Contracting Party is sufficiently protected. The details shall be settled by the competent public authorities.

*Article 13. Entry into force, period of validity, amendment and termination*

(1) This Agreement shall enter into force on the date on which the Government of the Republic of Lithuania has notified the Government of the Federal Republic of Germany that the national requirements for its entry into force have been fulfilled. The date of receipt of notification shall be definitive.

(2) This Agreement is concluded for an indefinite period.

(3) Either Contracting Party may at any time submit a request in writing for an amendment to this Agreement. If such a request is made by a Contracting Party, the Contracting Parties shall begin negotiations with the view to amending the Agreement.

(4) Either Contracting Party may terminate this Agreement in writing, through the diplomatic channel with six months' notice. In the event of termination, classified material transmitted or generated by a contractor under this Agreement shall continue to be treated in accordance with the provisions of article 3, as long as the security classification is in effect.

Done at Vilnius on 5 March 1998 in two originals, each in the German and the Lithuanian languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

DR. ULRICH ROSENGARTEN

For the Government of the Republic of Lithuania:

JONAS RUDALEVICIUS



[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE  
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE  
LITUANIE CONCERNANT LA PROTECTION MUTUELLE DE PIÈCES  
CLASSIFIÉES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Lituanie,

Ayant l'intention de garantir la sécurité de toutes les pièces classifiées qui sont classifiées par les autorités compétentes de l'une des Parties contractantes et qui ont été transmises à l'autre Partie contractante par l'intermédiaire d'autorités ou d'organes à ceux expressément habilités afin de satisfaire aux besoins de l'administration publique ou dans le cadre de contrats publics conclus avec des organes publics ou privés des deux États;

Afin d'arrêter un règlement concernant la protection mutuelle des pièces classifiées qui s'applique à tous les accords à conclure entre les Parties contractantes en matière de coopération et aux contrats futurs qui prévoient l'échange de pièces classifiées;

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier. Définition et équivalence*

1. Par pièces classifiées au sens du présent Accord, on entend des faits, des objets ou des informations qu'il est nécessaire de tenir secrets dans l'intérêt public, quelle que soit la forme qu'ils revêtent. Ils sont classifiés par un organe officiel ou sur son ordre, conformément au degré de secret qu'il est nécessaire de leur assurer.

2. Les Parties contractantes conviennent de l'équivalence des degrés de classification ci-après :

République fédérale d'Allemagne	République de Lituanie
GEHEIM	SLAPTAI
VS-VERTRAULICH	SLAPTAI
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	NAUDOTIS TARNYBOJE

La partie lituanienne marquera les pièces classifiées «SLAPTAI» de l'indication complémentaire "GEHEIM " ou "VS-VERTRAULICH" en vue d'une classification allemande équivalente.

3. Les dispositions du paragraphe 3 de l'article 2, des articles 3 et 4 du paragraphe 1 de l'article 6 ainsi que de l'article 7 ne s'appliquent pas aux pièces classifiées du degré de classification "VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/NAUDOTIS TARNYBOJE"

*Article 2. Mesures de droit interne*

1. Dans le cadre du droit interne, les Parties contractantes prennent toutes mesures propres à protéger les pièces classifiées qui sont remises ou sont obtenues conformément aux dispositions du présent Accord. Elles accordent à ces pièces classifiées au moins la même protection que celles qui s'appliquent à leurs propres pièces classifiées dans la même catégorie.

2. Les Parties contractantes ne communiquent pas aux tiers les pièces classifiées concernées sans avoir obtenu auparavant l'autorisation écrite de la Partie contractante qui a effectué la classification. Ceci vaut en particulier aux dispositions des Parties contractantes relatives à l'archivage ou à la publication. Les pièces classifiées sont utilisées uniquement aux fins indiquées. En particulier, seules les personnes qui ont besoin d'en connaître aux fins de leurs services doivent avoir accès à ces pièces.

3. Seules les personnes qui y sont habilitées doivent pouvoir avoir accès à ces pièces. L'autorisation d'accès doit être soumise à un examen de sécurité qui doit au moins être équivalent à celui que la Partie contractante exige pour l'accès à ses propres pièces classifiées.

4. Sur leurs propres territoires, les Parties contractantes garantissent les inspections de sécurité nécessaires ainsi que le respect des règlements concernant la protection des pièces classifiées.

*Article 3. Établissement des contrats concernant des pièces classifiées*

La Partie contractante qui a l'intention de conclure un contrat concernant des pièces classifiées avec un mandataire sur le territoire de l'autre Partie contractante ou qui charge un organe institué sur son territoire de le faire, obtient auparavant de l'autorité compétente de l'autre Partie contractante, une assurance que le mandataire prévu a fait l'objet d'un examen de sécurité jusqu'à la classification nécessaire et peut prendre des dispositions de sécurité appropriées pour garantir la protection nécessaire des pièces classifiées. Au titre de cette assurance, elle doit obtenir l'engagement que les mesures de protection du mandataire qui fait l'objet de l'examen de sécurité sont conformes aux dispositions de droit interne relatives à la protection des pièces classifiées et sont soumis à la surveillance des autorités compétentes.

*Article 4. Exécution des contrats concernant les pièces classifiées*

1. Il incombe aux autorités compétentes de la Partie contractante d'origine de s'assurer que sont classifiées toutes les pièces classifiées remises ou obtenues dans le cadre d'un contrat. À la demande des autorités compétentes de la partie destinataire, elles sont tenues de communiquer à celle-ci les mesures de classification prises sous forme de liste (liste des mesures de classification). Dans ce cas, elle informe simultanément les autorités compétentes de la partie destinataire de ce que le mandataire s'est engagé auprès du donneur d'ordre à traiter les pièces classifiées qui lui sont confiées tout comme s'il s'agissait de pièces classifiées de son propre état et, le cas échéant, de remettre une déclaration dans ce sens (clause de protection du secret) aux autorités compétentes de la partie destinataire.

2. Les autorités compétentes de la partie destinataire qui ont demandé et obtenu une liste des mesures de classification accusent par écrit réception de cette liste qu'elle remet au mandataire.

3. Les autorités compétentes de la partie destinataire s'assurent que le mandataire traite les pièces classifiées de l'autre Partie contractante comme s'il s'agissait de pièces classifiées de son propre état conformément à leur classification.

4. Les dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent article s'appliquent mutatis mutandis à la passation des contrats concernant des pièces classifiées qui est autorisée par les autorités compétentes.

5. Les Parties contractantes veillent à ce que les contrats concernant des pièces classifiées ne soient conclus et à ce que les parties du travail qui nécessitent des mesures de secret ne commencent qu'une fois que le mandataire a pris les dispositions nécessaires pour assurer leur secret ou de les prendre en temps utile.

#### *Article 5. Marquage*

1. Les pièces classifiées à transmettre sont marquées par les autorités compétentes pour le destinataire ou sur leur ordre de l'indication du degré de classification nationale comparable conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'article premier du présent Accord.

2. L'obligation de marquage s'applique aussi aux pièces classifiées produites ou reproduites sur le territoire de l'État destinataire à l'occasion d'un accord concernant des pièces classifiées.

3. Le degré de classification est modifié ou supprimé par les autorités compétentes pour le destinataire des pièces classifiées à la demande des autorités compétentes de l'État d'origine. Les autorités compétentes de l'État d'origine communiquent aux autorités compétentes de l'autre Partie contractante leur intention de modifier ou de supprimer le degré de classification avec un préavis de six semaines.

#### *Article 6. Remise de pièces classifiées*

1. Les pièces classifiées sont remises par l'une des Parties contractantes à l'autre en principe par des courriers diplomatiques ou militaires. Les autorités contractantes accusent réception des pièces classifiées et les remettent au destinataire conformément à leur réglementation nationale relative à la protection des pièces classifiées.

2. Les autorités compétentes peuvent convenir dans certains cas de manière générale ou dans certaines conditions que les pièces classifiées peuvent être transportées conformément aux dispositions du paragraphe 3 du présent article par une voie autre les courriers diplomatiques ou militaires dans la mesure où l'acheminement par courrier pourrait poser des difficultés excessives.

3. Dans les cas visés au paragraphe 2 du présent article :

Le transporteur doit être habilité à l'accès aux pièces classifiées dans une catégorie de classification comparable;

L'état des pièces classifiées transportées doit être conservé par l'organe qui les envoie; un exemplaire de cet état doit être remis au destinataire afin qu'il le remette lui-même aux autorités compétentes;

Les pièces classifiées doivent être emballées conformément au dispositif en vigueur pour le transport sur le territoire de la partie concernée;

La remise des pièces classifiées se fait en échange d'un accusé de réception;

Le transporteur doit être porteur d'une pièce d'identité de courrier établie par les autorités compétentes de l'une des Parties contractantes.

4. Pour le transport de pièces classifiées dont le volume est important, les autorités compétentes déterminent les conditions et l'itinéraire du transport ainsi que les mesures de protection pour son accompagnement dans chaque cas.

5. Les pièces classifiées VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/NAUDOTIS TARNYBOJE peuvent être envoyées par la poste au destinataire sur le territoire de l'autre Partie contractante.

#### *Article 7. Visites*

1. Les personnes provenant du territoire de l'une des Parties contractantes qui effectuent une visite sur le territoire de l'autre Partie ne sont autorisées à avoir accès aux pièces classifiées, ainsi qu'aux établissements où des travaux sont consacrés à ces pièces, qu'avec l'autorisation préalable écrite des autorités compétentes de la Partie contractante où doit avoir lieu la visite. Cette autorisation n'est délivrée qu'aux personnes qui sont habilitées à avoir accès aux pièces confidentielles après les examens de sécurité requis par le droit de leur État.

2. Les visites doivent être notifiées aux autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle elles ont lieu conformément aux dispositions applicables sur le territoire de cette Partie. Les autorités compétentes des deux Parties contractantes se communiquent des renseignements détaillés concernant la notification et garantissent la protection des informations concernant les personnes.

#### *Article 8. Infraction aux règlements concernant la protection réciproque des pièces classifiées*

1. La divulgation concernant les pièces classifiées, lorsqu'elle n'est pas à exclure, est présumée ou constatée doit être signalée sans retard à l'autre Partie contractante.

2. Les infractions aux règlements concernant la protection des pièces classifiées font l'objet d'enquêtes et de poursuites de la part des autorités compétentes et des tribunaux compétents de la Partie contractante elle-même compétente conformément au droit de celle-ci. L'autre Partie contractante apporte son appui pour l'enquête et est informée des résultats.

#### *Article 9. Coûts*

Les coûts encourus par l'une des Parties contractantes pour appliquer les mesures de sécurité ne sont pas remboursés par l'autre Partie contractante.

*Article 10. Autorités compétentes*

Les autorités de chaque Partie contractante informent l'autre des autorités qui sont compétentes pour l'application du présent Accord.

*Article 11. Rapport avec d'autres conventions*

Les autres conventions existantes dans le même domaine entre les deux Parties contractantes et qui règlent la protection des pièces classifiées restent d'application pour autant que leurs dispositions ne sont pas contraires au présent Accord.

*Article 12. Consultations*

1. Les autorités compétentes des Parties contractantes prennent connaissance des règlements en vigueur sur le territoire de l'autre partie concernant la protection des pièces classifiées.

2. Pour garantir une collaboration étroite aux fins de l'application du présent Accord, les autorités compétentes se consultent à la demande de l'une d'elles.

3. Chacune des Parties contractantes autorise les représentants des autorités compétentes de l'autre Partie ou toute autre autorité désignée d'un commun accord à effectuer des visites sur son territoire afin d'y interroger les représentants des autorités compétentes au sujet des procédés et des installations qui servent à protéger les pièces classifiées qui ont été mises à leur disposition par l'autre Partie contractante. Chacune des Parties contractantes apporte son appui à ses représentants pour déterminer si une protection suffisante est accordée aux pièces classifiées qui ont été mises à sa disposition par l'autre Partie contractante. Les détails sont à arrêter par les autorités compétentes.

*Article 13. Entrée en vigueur, durée, modification, dénonciation*

1. La signature du présent Accord remplit pour la partie allemande les conditions du droit interne à son entrée en vigueur. Le présent Accord entrera en vigueur à la date à laquelle le Cabinet ministériel de la Lituanie aura notifié au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne que des dispositions prévues par son droit interne pour l'entrée en vigueur en Lituanie ont été remplies. Cette date est la date de réception de cette notification.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

3. Chacune des Parties contractantes peut demander par écrit une modification du présent Accord. Dans ce cas, les Parties contractantes entament des négociations aux fins de cette modification.

4. Chacune des Parties contractantes peut dénoncer le présent Accord par écrit par la voie diplomatique avec un préavis de six mois. En cas de dénonciation, les dispositions de l'article 3 du présent Accord continuent de s'appliquer aux pièces classifiées remises ou envoyées par le mandataire sur la base du présent Accord tant que la classification sur le territoire de la partie d'origine l'exige.

Fait à Wilna, le 5 mars 1998 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et lituanienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

DR. ULRICH ROSENGARTEN

Pour le Gouvernement de la République de Lituanie :

JONAS RUDALEVICIUS